

*Christina Kaindl*

## **Ein Blick auf DIE LINKE**

Die nächste Bundestagswahl naht. Die Umfragewerte fast aller Parteien sind in Bewegung, die Zeit der großen Volksparteien scheint vorüber zu sein. Die bundesweiten Umfragen der LINKEN sind weitgehend stabil, auch wenn sich unter der Oberfläche vieles verschiebt (zwischen Ost und West und Alt und Jung). Die schnellen Veränderungen sind Ausdruck gesellschaftlicher Konflikte und Krisen, die neue Verdichtungen in Staat und Parteiensystem „suchen“ oder produzieren. Spätestens seit der Wirtschaftskrise 2008/09 war die (Wieder)Erlangung der neoliberalen Hegemonie umkämpft. Heute scheint der Neoliberalismus als politisch-ideologisches Steuerungsmodell des hochtechnologischen Kapitalismus gescheitert – das bedeutet nicht, dass die Macht- und Kapitalgruppen, die ihn getragen haben, abtreten. Es bedeutet auch nicht, dass der Neoliberalismus von links besiegt wurde. Aber wenn mächtige Kapitalvertreter\*innen ihre eigenen Interessen und Probleme weniger in Begriffen des Neoliberalismus beschreiben, dann bricht wahrscheinlich die Zeit für eine neue herrschende, organisierende Ideologie an. Dabei werden auch die Machtverhältnisse im Kapitalblock selbst neu sortiert werden: wird das Exportmodell ungebrochen bestehen (können)? Können die Autokonzerne ihre Vorherrschaft verteidigen? Wird der Druck für nachhaltigeres Wirtschaften durch interne Innovationen oder durch Umbau der Wirtschaftsstrukturen erfolgen – und wer wird profitieren? Die Grünen machen hier ein sehr konkretes Angebot für die Repräsentation von neuen bzw. ökologisch erneuerten Kapitalfraktionen und können damit auch einen Teil der Unterstützer\*innen der CDU für sich gewinnen. Die SPD hat ihre Talfahrt noch nicht beendet. Nachdem sie mit dem Eintritt in die Agenda-Politik einen Teil ihrer Unterstützer\*innen an DIE LINKE verloren hat, sind die Verbleibenden gut zehn Jahre später in Resignation, zur CDU oder in Teilen zur AfD übergetreten – eine Entwicklung, die von Sozialdemokratien im europäischen Ausland schon vom Anfang des Jahrtausends bekannt war. Ob der milde Versuch der Re-Sozialdemokratisierung durch die neue Parteiführung gelingen kann, ist ungewiss. Dass die SPD auf den modernen Neoliberalismus eingenordet worden ist, schlägt sich auch im Apparat nieder. Schon beim kurzen Zwischenspiel von Schulz war deutlich geworden, dass es für einen wirklichen Pfadwechsel innerhalb der SPD keine Ressourcen gibt.

Klaus Dörre spricht von einer „Zangenkrise“: Die Fortsetzung des gegenwärtigen Wachstumspfades wird zu Großkrisen führen. Sie ist gleichzeitig die vorherrschende Form der Krisenbearbeitung. Die SPD findet bislang keinen Ausweg aus dieser Zange, die CDU versucht sie weiter zu leugnen, die Grünen reklamieren die Erneuerung des Wachstumsgedankens für sich. Die AfD verspricht eine autoritäre Lösung, eine Wieder-Bestärkung dessen, was mal gegolten hat, von autoritärer Männlichkeit über Privilegien der Nationalzugehörigkeit bis zum Dieselauto. Angesichts der gesellschaftlichen Umbrüche ist es wenig

verwunderlich, dass die „Wählerbindung nachlässt“, wie es in der Wahlforschung heißt. Die Verbindungen müssen neu gestiftet werden. Das ist wahlstrategisch eine Herausforderung, politisch aber eine richtige Aufgabe, gerade für DIE LINKE. Sie muss die Beziehungen neu knüpfen, über Basisarbeit und Organisation, über die Frage, was die Menschen bewegt und was DIE LINKE gemeinsam mit ihnen erreichen will. Eine linke Partei muss gleichzeitig Gegenmacht im Alltag und parlamentarische Repräsentanz sein. Angesichts der gegebenen Kräfteverhältnisse kann auch eine Regierungsbeteiligung der LINKEN nur so viel Spielräume nutzen, wie gesellschaftlich erkämpft wurden – die Berliner Regierung hat es mit dem Mietendeckel erfahren und positiv gewendet. Deshalb muss eine linke Partei Organisation und organisierende Kraft sein und sich darin beständig erneuern.

### **Ein Blick zurück nach vorn**

DIE LINKE ist entstanden aus Verschiebungen von Hegemonie und Repräsentation im Parteiensystem: aus der Enttäuschung über die rot-grüne Regierung mit der Agenda 2010, die eine Modernisierung des Neoliberalismus vorgenommen hatte. Die Dynamik wurde aus Protesten und Unzufriedenheiten gezogen: Proteste von Erwerbslosen und Beschäftigten gegen die Entwertung ihrer Sozialversicherungsbeiträge und ihrer Menschenwürde, gegen die Normalisierung von prekärer Arbeit zu Gunsten von Niedriglohn und Exportstrategie, gegen die Entlastung von Unternehmen und Vermögenden. Die LINKE ist gegründet worden als Antwort auf das strategische Dilemma der „Gewerkschaften in der Globalisierungsfalle“ (Riexinger/Sauerborn 2004), darauf, dass Macht und Einfluss der Gewerkschaften durch die zerfaserte Tarifbindung erschüttert wurden. Viele Gewerkschaftsaktive merkten, dass eine eigenständige politische Vertretung der Interessen von Beschäftigten gegenüber der Schröder-SPD dringend notwendig war. Die PDS war 2002 erstmals an der 5-Prozent-Hürde gescheitert (auch 1994 hatte sie die 5-Prozent-Hürde nicht übersprungen, war aber aufgrund der gewonnenen Direktmandate zwar nicht als Fraktion, aber als Gruppe in den Bundestag eingezogen). Ihre Zukunft als Ostpartei mit minimalen Westausläufern war äußerst ungewiss. Die WASG hatte bei ihrem ersten Wahlantritt (NRW) eher einen Achtungs- als einen tatsächlichen Erfolg erringen können. In der Bundesrepublik wurde Austeritätspolitik durchgesetzt, bevor sie in der Weltwirtschaftskrise zum Alltagswort wurde und zum europäischen Programm. Als Antwort entstand eine neue Art linker Partei, plural, gespeist aus unterschiedlichen Traditionen und Strömungen, Vorgängerparteien und Bewegungen (feministischer und Antifa, Sozialproteste und Umwelt, Migrant\*innen und Erwerbslose). Fast zehn Jahre später entstehen in ähnlicher Weise aus den massenhaften Protesten gegen Krise und Austerität in Europa ähnliche Parteien. Viele erinnern sich noch an die euphorische Stimmung aus der Anfangszeit: Es ist in der linken Geschichte selten genug, dass auf Krisen mit Zusammenkommen und nicht mit Spaltung reagiert wird. Die Pluralität war immer unsere Stärke und in Krisenzeiten eine Zerreißprobe. Bisher haben wir sie bestanden.

Dass die LINKE auf einen gesellschaftlichen Bedarf, eine Lücke in der Reprä-

sensation reagierte, zeigten die guten Wahlergebnisse von 2005 und 2009. Auf die Jahre der frontalen Angriffe der rot-grünen Regierung folgten die Jahre der Merkel'schen De-Mobilisierung. Ihrer „konservative Sozialdemokratie“ will Kristallisationspunkte für Protest und Widerstand vermeiden. Die gesellschaftlichen Spaltungen – in Kern- und Randbelegschaften, Erwerbslose und Erwerbstätige, solche, die sich vom Wählen etwas erhoffen und jene, die erleben, dass ihr Leben sich nicht bessert, vor allem: in arm und reich und noch ärmer und noch reicher – wurden vertieft.

Die Kritik von Neoliberalismus, Austerität und Bearbeitung der Wirtschaftskrise hat der LINKEN eine klare Kommunikation ermöglicht. Doch DIE LINKE war nicht nur „gegen etwas“ und nie nur eine anti-neoliberale Partei. Das Erfurter Programm (vom Oktober 2011) und viele Wahlprogramme zeugen von dem breiten inhaltlichen Fundament und einer durch weite Teile der Partei getragenen Orientierung auf Transformation (auch wenn das Wort oft nicht beliebt ist): auf die Verbindung von konkreten Kämpfen um Verbesserung mit einer größeren gesellschaftlichen Umbauperspektive, die den Kapitalismus überwindet.

Die Wahlerfolge 2005 und 2009 waren schneller bzw. größer als der Organisationsaufbau mithalten konnte. Zum Teil durch lang erworbenes „Gepäck“ im Politikverständnis und Umgangsformen und durch die geballte Macht der herrschaftlichen Öffentlichkeit wurde die junge Partei innerlich erschüttert, viele neu Gewonnene wandten sich ab. Bevor 2012 die Parteiführung Riexinger/Kipping gewählt wurde, waren die bundesweiten Umfragewerte gefährlich nahe an die 5 Prozent gefallen. Im Wahlkampf 2013 mühten sich SPD und Grüne redlich, DIE LINKE überflüssig zu machen. DIE LINKE hatte das Angebot gemacht: Eine soziale Alternative wäre nicht an uns gescheitert, wenn ein Mindestlohn eingeführt, die Rentenkürzung zurückgenommen würde, wenn Investitionen und armutsfeste Mindestsicherung, bessere Tarifbindung eingeführt worden wären. Die SPD schlug die parlamentarische Mehrheit links von der CDU aus.

Riexinger/Kipping haben schnell mit der Konsolidierung der Partei begonnen und das mit Erfolg: In den folgenden Jahren konnte der Mitgliederrückgang gestoppt und der Trend umgekehrt werden. Es begann ein Bildungsprogramm für junge Mitglieder, das viele in der Partei hat ankommen lassen. Die Partei lernte effektive Kampagnenarbeit und ist auch deshalb gegenwärtig Vorreiterin im Kampf gegen den Pflegenotstand und für bezahlbare Mieten. Mit Modellprojekten in einkommensarmen Nachbarschaften fing es an, knapp 30 Organizing-Projekte zur (Selbst)Organisierung von Nachbar\*innen sind nachgewachsen. Strategieratschläge zur Unterstützung von Arbeitskämpfen im Einzelhandel, Erzieher\*innen, Pflege, bei Amazon bzw. im Logistik-Bereich allgemein haben die Verbindungen in die Gewerkschaften zumindest auf der „mittleren Ebene“ gestärkt – und spiegeln sich in der Arbeit der Aktiven vor Ort. In zwei Jahren wurden fast 16.000 Neumitglieder gewonnen, zwei Drittel von ihnen jünger als 35 Jahre. Die Mehrheit der Mitglieder der Partei kommt nicht mehr aus den „Quellparteien“, sondern ist in DIE LINKE eingetreten. DIE LINKE wird als

„verbindenden Partei“ aufgestellt, die nicht nur Sprachrohr für Bewegungen ist, sondern auch selbst organisierend wirkt, die nicht nur auf „komm“-Strukturen setzt, sondern aufsuchend arbeitet, nicht nur „kümmert“, sondern Anlässe und Angebote zur Selbstorganisation bietet; die unterschiedliche Akteur\*innen anspricht und womöglich zu einem schlagkräftigen Bündnis zusammenbringt. Die Verankerung und Verbreiterung der Partei ist in vielen Bereichen gelungen. An vielen Orten drückt sich die strategische Orientierung auch in einer gestärkten lokalen Partei aus. Manche Regionen und Verbände haben sich für andere Wege entschieden, mit unterschiedlichen Ergebnissen. Die Partei ist damit regional unterschiedlich gut auf die neuen gesellschaftlichen Kämpfe eingestellt und auf die Anforderung, die Mitglieder und Wähler\*innen neu und erneut zu binden und zu organisieren.

„Verbinden“ soll sie auch über die neoliberalen Spaltungen, über kulturelle Differenzen hinweg. Wo ein Teil der sozialwissenschaftlichen Diskussion vor allem Einstellungscluster und unverbundene oder gegensätzliche Milieus erkennt, können verbindende Praxis und gemeinsame Ziele entwickelt werden – und gemeinsame Gegner\*innen; eine verbindende Klassenpolitik.

## Rechte Konjunkturen

Nach den Kämpfen um die Krise und wer sie bezahlt, nach dem Durchmarsch der Austerität in Europa, nach den Massenprotesten für eine wirkliche Demokratie und den Aufstieg einiger pluraler linker Parteien in Europa folgten der Aufstieg einer globalen Rechten – auch in Deutschland. Das rechts-konservative Feld hat sich neu sortiert. Die AfD formierte sich zu Beginn (repräsentiert durch die Stärke des Familienunternehmerverbandes in der AfD) gegen die spezifischen Kapitalstrategien der CDU. Mit der Flüchtlingsdebatte fand sie ein eigenes Feld der Mobilisierung. Die AfD hat wie ein Magnet die „populistische Unterströmungen“ (Ursula Birsl) in fast allen Parteien an die AfD gebunden und damit auch ihr Programm und ihre strategische Orientierung verbreitert. Der Nährboden der Rechten war die Erfahrung vieler Menschen, mit „kommunaler Austerität“, von „es gibt halt kein Geld, außer wir nehmen es einer anderen Gruppe weg“. Rassismus, der zu einem bestimmten Prozentsatz in der Bevölkerung vorhanden ist, wird in gesellschaftlichen Konjunkturen, in denen er zum organisierenden Element in den Vordergrund tritt, produktiv gemacht. In diesem Sinne war die Debatte um Flucht und Seenotrettung ein Dambruch. Die AfD konnte die Regierung vor sich her treiben, während Millionen Menschen im Alltag die Menschen und die Menschlichkeit verteidigten. Auch in andere Parteien brachte sie Unruhe – aus Angst vor Stimmenverlust oder als Aufbäumen der populistischen Unterströmung. Die AfD konnte vermitteln: wir bewegen was, es tut sich was, wie Erfolg aus der Opposition geht und wie die Zivilgesellschaft ein Kampffeld ist; sie organisierte die Alltagskämpfe bis in die Kommunen hinein, mit Angriffen auf Kulturarbeit, Fragen von Sexualerziehung in Schulen und Aufrufen, in den Schulen Lehrer\*innen zu denunzieren. Die Logik der Medien, ihre Berichterstattung entlang von Dissens, Neuigkeit und Skandal zu organisieren, kam einer Kapitulation der demokratischen Öffentlichkeit gleich (bei all ih-

ren auch vorher bestehenden Mäkeln): Die AfD gab die Themen und die Fragen vor und konnte die Regierungsparteien vor sich herreiben. Das Momentum bei den Landtagswahlen lag bei der Rechten. Die Mobilisierungen von rechts gegen die so genannte „Flüchtlingskrise“ haben gezeigt: Eigenständige Kommunikationswege jenseits der Medien und ein Netzwerk von Aktiven zur Mobilisierung von links sind unverzichtbar.

## **In der Zange**

Zur Polarisierung gehört, dass die Bewegungen und Proteste für Klimaschutz und die Umfragewerte der Grünen aufgestiegen sind (und die Themen Flucht und Migration an Bedeutung bei den Umfragen verlieren), ohne dass die AfD an Zustimmung eingebüßt hat. Die anstehenden Umbauprozesse in Produktions- und Lebensweisen können die Polarisierung weiter befördern. Die Beschäftigten der Kernbereiche der Exportindustrie – die im Sinne von Klima, friedlicher Außenpolitik und globaler Gerechtigkeit umgebaut werden müssten – machen sich Sorgen um ihre Arbeitsplätze. Fast alle anderen Segmente des Arbeitsmarkts liegen unterhalb ihrer Standards: was Lohn, Planbarkeit und Mitbestimmung angeht. Notwendig wäre ein großer Umbauprozess, der gleichzeitig die Wirtschaft und die Wertschöpfung der Gesellschaft erneuert: mit Investitionen und Aufbau von Beschäftigung in Gesundheit, Pflege, Bildung und Erziehung und einer angemessenen Aufwertung in Bezahlung und gesellschaftlicher Anerkennung dieser Berufe. Ein Aufbau von Fahrzeug- und Schienenproduktion, ein Ausbau von öffentlichem Nah- und Fernverkehr und eine radikale „Vergesellschaftung“ dieser grundlegenden Dienstleistungen für die Nutzer\*innen, indem sie kostenfrei gemacht (bzw. in die kollektiven Finanzierungsmodelle übernommen) und in guter Qualität angeboten werden, mit einer radikalen Arbeitszeitverkürzung bei gleichem Lohn, die Burnout und Stress zurückdrängt, Arbeit und Leben vereinbar macht sowie die Ansprüche auf gerechte Rente und soziale Sicherheit als Projekt der Umverteilung von gesellschaftlichem Reichtum umfasst. Es bedarf einer Gesamtanstrengung, nicht nur um die Investitionsrückstände, sondern auch das verloren gegangene gesellschaftliche Wissen, um alternative Planungsprozesse und Wirtschaftsdemokratie zum Leben zu erwecken. Das wären Grundlagen einer postfossilen Demokratie, vielleicht sogar einer „Wachstumsgesellschaft“, eine soziale und ökologische Revolution.

Ein solches Projekt zu formulieren und mit ihm um eine lebenswerte Zukunft zu kämpfen – das ist nur von der LINKEN zu erwarten. Doch auch gut ausgedachte gesellschaftliche Projekte allein werden die Menschen nicht für DIE LINKE einnehmen, weder im Alltag noch am Wahltag. Nur wenn die Forderungen in Bewegung gebracht werden, wenn gezeigt wird, dass es nicht die Ideen der LINKEN, sondern die Bedürfnisse der Vielen sind, um die es sich lohnt, gemeinsam zu kämpfen, kann gewonnen werden.